

# EINE DIGITALE AGENDA FÜR EINE RESILIENTE DEMOKRATIE

**MARKUS BLUME** || Digitalisierung ist allgegenwärtig. Sie durchdringt und verändert zunehmend unsere Lebenswirklichkeit. Wie können wir die Chancen der Digitalisierung sinnvoll für uns nutzen, ohne blind zu sein für die Risiken? Und welche Kompetenzen und Rahmenbedingungen müssen wir entwickeln, um die digitalen Möglichkeiten zu beherrschen, ohne von ihnen beherrscht zu werden? Wir brauchen eine digitale Agenda, um diese Fragen zu beantworten und die Demokratie widerstandsfähig zu machen.<sup>1</sup>

Größtmögliche technologische Veränderung hat heute einen neuen Namen: digitale Disruption. Für die Politik lautet die Aufgabe, sicherzustellen, dass aus digitaler Disruption am Ende nicht politische Disruption wird. Politische Disruption: Das sind politische Entscheidungen, mit denen keiner gerechnet hat und die auch nur damit zu erklären sind, dass sich etwas von Grund auf verändert. Das Jahr 2016 hat uns schon einen Vorgeschmack gegeben: mit der Entscheidung zum Brexit ebenso wie bei der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten. Gleichwohl ist es jetzt nicht an der Zeit, deswegen Dystopien an die Wand zu malen. Und geradezu absurd mutet die Vorstellung an, dass man Globalisierung und Digitalisierung verbieten wollte (und könnte!), weil sie nicht beherrschbar wären.

Ich bin überzeugt, die Antwort kann nur lauten: Wir verbieten nicht Digitalisierung, sondern wir gestalten Digitalisierung. Wir müssen sie gestalten, weil Technologie *per se* nie gut oder schlecht ist. Das galt für die Erfindung des Buchdrucks ebenso wie für die Entwicklung der Dampfmaschine oder des Automobils. Am Ende steht immer die Frage, was der Mensch aus den neuen Möglichkeiten macht. Diese Möglichkeiten in den Nutzen des Menschen zu

stellen, war damals die Maßgabe – und ist es auch heute. So ist es natürlich Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Der Gedanke ist deshalb wichtig, weil in der ersten Euphorie über das Aufkommen des Internets nur die Chancen in den Mittelpunkt gestellt wurden. Diese sind zweifelsohne gegeben, aber wir müssen konkret daran arbeiten, dass diese Chancen letztlich zum Tragen kommen.

**Wir müssen Digitalisierung GESTALTEN und sie muss dem Menschen dienen.**

## **DAS INTERNET ALS DEMOKRATISIERUNGSMASCHINE?**

Wenn wir heute speziell über die neuen Chancen für politische Beteiligung und direkte Demokratie reden, dann ist das – wie man in Bayern sagt – keine „gmahde Wiesn“. Das Internet führt eben nicht automatisch zu mehr

Chancen für Beteiligung und Demokratie. Ich möchte dies im Folgenden an drei Fragen plakativ aufzeigen:

Bringt das Internet mehr Vielfalt? Danach sah es zunächst aus, ja, das war eine der großen Verheißungen: Endlich entscheiden nicht mehr nur einige wenige über das, was wir zu lesen, zu sehen oder zu hören bekommen; es herrscht grenzenlose Informationsvielfalt und damit einhergehend auch Meinungsvielfalt. Heute, einige Jahre später, sind wir uns schon nicht mehr so sicher, ob es tatsächlich mehr Vielfalt gibt – oder ob nicht mehr Einfalt herrscht, gerade mit Blick auf die zunehmende Meinungsmonopolisierung in den Filterkammern der sozialen Medien.

**Das Internet bringt KEINESWEGS mehr Vielfalt, Objektivität und demokratisches Verhalten mit sich.**

Bringt das Internet mehr Objektivität in die Welt? Ursprünglich dachte man, ein Mehr an Informationen würde es dem mündigen Bürger erlauben, sich seine Meinung anhand unumstößlicher Fakten zu bilden. Inzwischen muss man einsehen, dass das Internet auch zum Gegenteil beiträgt: der tausendfach verbreiteten, kommerzialisierten und teilweise gar automatisierten Lüge – Stichwort: fake news.

Und schließlich: Sorgt das Internet für mehr Demokratie? Oder schafft es nicht auch neue Möglichkeiten für eine Art „smarte Diktatur“? Wenn man sich anschaut, was heute in Autokratien mit den Ressourcen des Netzes möglich ist, dann hat das nichts mit dem Demokratisierungsschub zu tun, den man sich von sogenannten Facebook-Revolutionen erträumt hat.

Auch in politischer Hinsicht ist deshalb richtig: Wir müssen das, was uns das Internet an Möglichkeiten eröffnet, aktiv gestalten. Für die Politik leitet sich daraus unmittelbar eine politische Agenda ab. Es ist eine digitale Agenda für das 21. Jahrhundert.

## DIGITALE AUFKLÄRUNG FÜR ALLE

Eine digitale Agenda muss mit Aufklärung beginnen. Lediglich über Medienkompetenz zu reden, wäre zu wenig. Digitale Aufklärung heißt, Bewusstsein zu schaffen für die Mechanismen, die in der digitalen Welt wirken. Die Kanzlerin ist viel gescholten worden für den Gebrauch des Wortes vom „Neuland“. Dabei ist es nach wie vor sehr angebracht. Die digitale Welt ist für uns alle Neuland. Wir sind jeden Tag Lernende. Selbst als „digital native“ ist man häufig überrascht, was sich plötzlich für neue Möglichkeiten auftun. Daher ist es so wichtig zu reflektieren, welche Entwicklungen gegenwärtig bereits im Gange sind.

Dafür müssen wir uns neue Kulturtechniken aneignen. Entscheidend für digitale Aufklärung ist also digitale Bildung. Programmierkenntnisse gehören zu diesen wertvollen Techniken, die uns auch in die Lage versetzen, Algorithmen verstehen zu können. Algorithmisch zu denken, das muss in den Lehrplänen genauso selbstverständlich verankert sein wie Lesen, Rechnen und Schreiben. Es ist die notwendige vierte Kulturtechnik – und auch eine Frage der Autonomie des Menschen, wenn wir nicht nur noch irgendwelchen Algorithmen gehorchen wollen. Das erfordert im Übrigen auch unser christliches Menschenbild: Der Mensch muss in der Lage sein, die Dinge, die sein Leben bestimmen, selbst nachvollziehen zu können.

Und schließlich: Wie schützt man sich in der neuen, digitalen Welt? Oder noch wichtiger: Wie weiß man überhaupt, ob man sicher ist – oder manipuliert oder gar angegriffen wird? Auch das ist eine Frage von digitaler Aufklärung. Nicht digitale Askese, also quasi digitale Enthaltensamkeit, ist dafür die richtige Antwort, sondern digitale Souveränität, nämlich der selbstbewusste und befähigte Umgang damit.

## DIGITALE CHANCEN FÜR DIE MENSCHEN

Wenn wir die digitale Aufklärung ernst meinen, müssen wir sie zwingend zusammen mit digitaler Befähigung denken. Wir müssen die Menschen in die Lage versetzen, die Möglichkeiten der Digitalisierung und des Internets sinnvoll zu nutzen. Deshalb bringen wir in Bayern die digitalen Chancen zu den Menschen ins ganze Land.

Dazu ist schnelles Internet für alle die Grundvoraussetzung. Wir schreiben deshalb unsere Breitbandförderung fort für die Zeit von Glasfaser, 5G-Mobilfunk und WLAN. So wird Bayern beginnend ab 2019 zum ersten Gigabit-Land Deutschlands. Digitalisierung muss auch erlebbar sein, zum Beispiel durch den Ausbau der BayernLabs und mehr digitalen Bürgerservice. „Digitalisierung für alle“ heißt, digitale Chancen in die Fläche zu bringen: durch die weitere Stärkung der Hochschulen, durch Gründerzentren im ganzen Land sowie durch innovative Anwendungszentren für Handwerk und Mittelstand, zum Beispiel in den Feldern IT-Sicherheit und 3D-Druck.

Digitale Chancen erschließen sich vor allem durch digitale Bildung. Der Wettkampf um die Talente von heute und morgen ist voll entbrannt. Digitale Befähigung wird gleichzeitig zum elementaren Bildungsauftrag, quer über alle Altersgruppen und Lernsituationen. Deshalb bringen wir das digitale Klassenzimmer in die Schulen und machen Informatikunterricht verpflichtend. Mit Blick auf die begehrten IT-Fachkräfte setzen wir auf eine Ausbildungs-offensive für Software Engineering an den Hochschulen und die Einführung moderner Berufsausbildungen (z. B. für E-Commerce-Kaufleute).

Eine wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang ist die Klärung der Stadt-Land-Thematik. Die Digitalisierung verspricht eine nachhaltige Stärkung ländlicher Räume, da künftig der Ort nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Man kann heute praktisch überall ein Startup gründen, denn mehr als eine gute Idee und ein Internetanschluss sind dafür im Informationszeitalter nicht nötig. Ehrlicherweise muss man jedoch attestieren, dass die Digitalisierung den Drang zur Urbanisierung paradoxerweise nochmals zu beschleunigen scheint. Alle wollen möglichst nahe am Puls der Zeit sein – ein Teufelskreis, der noch mehr Menschen in die Ballungszentren führt. Der Boden für die digitalen Ökosysteme muss folglich überall fruchtbar gemacht werden, damit gerade auch die suburbanen und vor allem ländlichen Regionen ihre Stärken ausspielen können.

## DIGITALE ORDNUNG FÜR DIE WELT

Die Kraft der Digitalisierung ist so groß, dass es nicht nur darum gehen kann, wie man die Chancen nutzt. Es wird auch nötig sein, ordnungspolitische Leitplanken einzuziehen, wenn wir unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht ausgehebelt wissen wollen. Wir müssen ganz konkret dafür sorgen, dass im Internet nicht Wild-West herrscht, sondern die Grundsätze von sozialer Marktwirtschaft und einem durchsetzungsfähigen Rechtsstaat gelten.

**Die MEINUNGSVIELFALT muss auch im digitalen Zeitalter elementar sein.**

Ein Beispiel: Wettbewerbssicherung ist ein Prinzip, das selbstverständlich auch in der digitalen Welt zum Tragen kommen muss. Freier und fairer Wettbewerb heißt zu verhindern, dass die globalen Datenkraken ihre Geschäfte außerhalb jeder wettbewerbsrechtlichen Regulierung betreiben können. Zur Zeit der Erfindung der sozialen Marktwirtschaft konnte sich niemand vorstellen, dass es einmal Unternehmen mit solcher Potenz geben könnte, wie wir sie heute erleben: mit dieser Akkumulation von Daten, von Nutzern und Kapital. Die neue Logik der Plattformwirtschaft funktioniert ja gerade deshalb besonders gut, weil diese Unternehmen bereits die größten sind und sie deswegen auch die größten Chancen haben, in Zukunft noch besser zu werden.

Übrigens: Vielfaltsicherung ist ebenfalls ein eminent wichtiges Konzept, wenn wir vor diesem Hintergrund an unsere Demokratie denken. Die Idee der Vielfaltsicherung muss in die digitale Welt übertragen werden. Das, was früher die Meinungsvielfalt im Analogen hochgehalten hat, das muss auch ein tragendes Prinzip für die Meinungsvielfalt im Digitalen werden.

Zur digitalen Ordnung gehört auch Sicherheit. Die häufig gehörte These, eine zunehmend vernetzte Gesellschaft mache sich in hohem

Maße angreifbar und sei zu vermeiden, erfordert eine Antwort. Folgt man dieser Argumentation, würde heutzutage nicht einmal eine Eisenbahn fahren, da diese anfänglich wegen ihrer „immensen“ Geschwindigkeit für zu gefährlich gehalten wurde. Wir dürfen das Thema der IT-Sicherheit nicht kleinreden und es ist völlig richtig, dass eine hochvernetzte Gesellschaft auch verwundbar ist. Umso wichtiger ist aber gerade im digitalen Zeitalter ein starker Staat, der die grundlegenden Regeln einer digitalen Ordnung durchsetzt.

**Der Staat muss den Rahmen und die Regeln der digitalen Ordnung DURCHSETZEN.**

### **DER STAAT ALS DIGITALER VERTRAUENSANKER**

Der Staat hat die große Verpflichtung, aber auch die große Chance, in der digitalen Welt als Vertrauensanker zu fungieren. Er kann diese Aufgabe gar nicht ablehnen. Denn selbst wenn sich der Staat aus der digitalen Entwicklung ausklinken würde, käme sie trotzdem auf uns zu. Andere Länder wie auch die eigenen Bürger werden sich mit Sicherheit nicht im Verzicht üben. Die Menschen werden gewissermaßen mit ihren Smartphones abstimmen und sagen: „Ich nutze die Möglichkeiten. Und wenn der Staat unbeteiligt an der Seitenlinie steht, ist das sein Problem.“ Klar wäre dann aber auch: Die Sicherheits- und Datenschutzstandards würden anderswo gesetzt, ohne dass wir einen Einfluss darauf hätten. Und neue Arbeitsplätze würden ebenfalls entstehen, nur eben nicht bei uns.

Beim Thema Gesundheit sind wir gerade dabei zu erleben, wohin dies führt. Während Deutschland Jahre gebraucht hat, um mit Milliardenaufwand eine so genannte Gesundheitskarte umzusetzen, die praktisch nichts kann, haben die Menschen in der Zwischenzeit begonnen, mit ihren Smartphones intensiv digitale Gesundheits-Apps zu nutzen – unkontrolliert

vom Staat und ohne genau nachvollziehen zu können, was mit ihren Daten passiert. Bereitwillig werden sensibelste (Gesundheits-)Daten unreguliert und unbeaufsichtigt weitergegeben – und zwar nur deshalb, weil der Staat nicht in der Lage war, eine digitale Gesundheitsinfrastruktur so aufzusetzen, dass sich die Menschen davon einen Nutzen versprochen.

Im Ergebnis kann man festhalten, dass der Staat schneller werden muss. Digitalisierung bedeutet etwa alle zwei Jahre eine Verdopplung der technischen Möglichkeiten. Zwanzig Jahre weitergedacht entspricht das bereits einem Faktor 1.000. Diese Beschleunigung wird dazu führen, dass Digitalisierung ganz konkret in unserer Alltagswelt aufschlägt. Digitale Umbrüche werden allgegenwärtig und erfordern entsprechende Antworten: im Gesundheitssystem, in der Energieversorgung, in der Mobilität. Wir werden schon jetzt hautnah mit autonomen Systemen und künstlicher Intelligenz konfrontiert.

Der Staat muss sich auch mit anderen Akteuren zusammenschließen. Ganz offenkundig sind Bayern und Deutschland alleine zu klein, um die notwendigen Rahmenvorgaben ins Werk zu setzen. Ja selbst die Europäische Kommission ist gerade noch in der Lage, eine Milliardenstrafe gegenüber einem der großen Suchmaschinenanbieter zu verhängen. Das bedeutet: Wir müssen sehr schnell auch internationale Übereinkünfte erzielen, um wirksame Rahmenvorgaben zu setzen.

### **DIGITALE ZUKUNFT UNSERER DEMOKRATIE**

Es ist nicht zu spät, aber offenkundig höchste Zeit: Wir müssen uns auf die digitale Zukunft vorbereiten und unsere Demokratie widerstandsfähig machen. Kurz: Wir brauchen neue Resilienz für unsere Gesellschaft. Das ist eine Aufgabe, die mehr erfordert als warme demokratietheoretische Worte und wohlfeile medienpolitische Bekenntnisse.

Gesteuerte Meinungsmache im Internet – vielleicht gar gestützt von Trollen und Social Bots als Meinungsrobotern: Das manipuliert zunächst Wähler, beeinflusst dann Wahlen und destabilisiert am Ende vielleicht das politische System und damit ganze Staaten als solche. Digitale Partizipation von allen und für alle – unter-

stützt von einem modernen Staat, der von den Bürgern und aus deren Lebenslagen her gedacht ist: Das macht Betroffene zu Beteiligten, stärkt die Akzeptanz des politischen Systems und erzeugt neue politische Stabilität.

Es gilt also, die Chancen der Digitalisierung auch für unser Gemeinwesen vollumfänglich zu realisieren. Es wäre dabei eine fatale Verkürzung der Debatte, das Althergebrachte einfach in die neue Welt zu übertragen oder nur noch auf das Digitale zu setzen. Richtig ist: Die digitale tritt zur analogen Welt hinzu und wird sie sinnvoll ergänzen. Auf den politischen Bereich heruntergebrochen, kann man formulieren: Selbstverständlich wird auch in Zukunft der Stammtisch als politische Kommunikationsform höchster Güte erhalten bleiben. Aber ebenso wichtig wird in Zukunft auch der digitale Stammtisch.

Die Zukunft war selten so weit offen wie heute. All die digitalen Veränderungen, die vor uns liegen, sind weder gut noch schlecht. Es liegt jetzt an uns, die besten Seiten zum Tragen zu bringen.

---

**|| MARKUS BLUME, MDL**

Stellvertretender Generalsekretär der CSU und medienpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, München. Er zeichnet verantwortlich für das neue CSU-Grundsatzprogramm mit dem Titel „Die Ordnung“.

---

**ANMERKUNG**

- <sup>1</sup> Dieser Artikel ist die bearbeitete Zusammenfassung eines Gastbeitrags von Markus Blume auf dem Sommerkolloquium 2017 „Digitalisierung – Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie?“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V.